Landeshauptstadt Hannover - - **Datum 08.04.2009**

Einladung
der Mitglieder des Schulausschusses

zum Mittwoch, 22. April 2009,

14.00 Uhr **Besichtigung der Friedrich-Ebert-Schule,**
Salzweg 33, 30455 Hannover
im Rahmen des Programms "Schule im Stadtteil"

15.15 Uhr **Besichtigung des Schulzentrums Badenstedt,**
Plantagenstraße 22, 30455 Hannover
als zukünftiger IGS-Standort

16.00 Uhr **Beginn der 21. Sitzung des Schulausschusses**
in der Mensa des Schulzentrums Badenstedt,
Plantagenstr. 22, 30455 Hannover

Tagesordnung

der 21. Sitzung des Schulausschusses:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

2. **Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Rates**
- Die Fragestunde soll eine Dauer von 45 Munuten nicht überschreiten -

3. **Bericht des Fachbereiches Gebäudemanagement**

4. **Botanischer Schulgarten Burg: Sanierung der Heizungsanlage Einbau einer Holz-Pelletanlage mit einem Spitzenlast-Gasheizkessel**
(Drucksache Nr. /2009, wird nachgereicht)

5. **Sachstandsbericht "Energie- und Abfallsparen in Schulen und Kindertagesstätten"**
(Informationsdrucksache Nr. 0672/2009 mit 1 Anlage)

6. **Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"**
(Drucksache Nr. 0315/2009)

7. **Bericht der Dezernentin**

Stephan Weil

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover Datum 23.04.2009

NIEDERSCHRIFT

21. Sitzung des Schulausschusses am Mittwoch, 22. April 2009,
Mensa des Schulzentrums Badenstedt, Plantagenstr. 22 (30455)

Beginn: 16.00 Uhr
Ende: 16.25 Uhr

Anwesend: (verhindert waren)

(Ratsherr Degenhardt)		(SPD)
Ratsfrau Frank		(CDU)
Ratsherr Bindert		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Ratsherr Blickwede)		(SPD)
Ratsfrau de Buhr		(SPD)
Beigeordneter Klie		(SPD)
Ratsfrau Kramarek		(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ratsherr Meyburg		(FDP)
Ratsfrau Nerenberg		(SPD)
Ratsfrau Neubauer		(CDU)
Ratsherr Politze		(SPD) i.V. Ratsherrn Degenhardt
Ratsfrau Schlienkamp	(SPD)	i.V. für Ratsherrn Blickwede
Ratsfrau Seitz		(CDU)

Grundmandat:

(Ratsherr Böning)	(WfH)
(Ratsherr Höntsch)	(DIE LINKE.)
(Ratsherr Nikoleit)	(Hannoversche Linke)
Ratsherr List	(Hannoversche Linke) i.V. Ratsherrn Nikoleit

Vertreterinnen und Vertreter der Schülerinnen und Schüler:
(Frau Braunholz)
(Herr Mokhtari)

Vertreterinnen und Vertreter der Eltern:
Frau Eichholz
Herr Lochte

Vertreterinnen und Vertreter der Lehrerinnen und Lehrer:
Frau Frauendorf-Gieske
(Herr Post)

Verwaltung:
Stadträtin Drevermann

Fachbereich Gebäudemanagement:
Herr Heidenbluth (19)

Frau Wenau	(19.1)
Herr Gronemann	(19.2)
Frau Bethke-Wittke	(19.14)

Fachbereich Umwelt und Stadtgrün:

Herr Büsing	(67.04)

Fachbereich Bibliothek und Schule -Schulangelegenheiten- :

Frau Rudolph	(42.5)
Frau Engelbrecht	(42.44)
Herr Grabow	(42.43)
für die Niederschrift	

Büro Oberbürgermeister:

Frau Stroppe	(15.31)

Presse:

Frau Hilbig	(HAZ)

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde gemäß § 36 der

Geschäftsordnung des Rates

3. Bericht des Fachbereiches Gebäudemanagement

4. Botanischer Schulgarten Burg: Sanierung der Heizungsanlage
Einbau einer Holz-Pelletanlage mit einem Spitzenlast-Gasheizkessel

5. Sachstandsbericht "Energie- und Abfallsparen in Schulen und Kindertagesstätten"
(Informationsdrucks. Nr. 0672/2009 mit 1 Anlage)

6. Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"
(Drucks. Nr. 0315/2009)

6.1 Zusatzantrag der CDU-Fraktion

7. Bericht der Dezernentin

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

Redaktioneller Hinweis:
Dieses Protokoll spricht zur Gleichberechtigung der Geschlechter im Sinne des Gender Mainstream sowohl Frauen als auch Männer gleichermaßen an. Soweit der Schreibstil dem nicht offensichtlich Rechnung trägt, dient dies ausschließlich einem besseren Lesefluss und hat keinesfalls eine diskriminierende Intention.

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und

Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsfrau Frank eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung des Schulausschusses und dessen Beschlussfähigkeit fest.
Anschließend rief sie die Tagesordnung auf und bat um Wortmeldungen.
Da keine Nachfragen bestanden, stellte sie die Tagesordnung mit den genannten Änderungen als beschlossen fest.
Folgend stellte sie Herrn Heidenbluth als neuen Fachbereichsleiter des Gebäudemanagements und Herrn Gronemann als neuen Bereichsleiter Bauen 2 und technische Anlagen vor.

TOP 2.
Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Rates

Ratsfrau Frank rief den zweiten Tagesordnungspunkt auf, wies die Besucher auf die Regelungen zur Einwohnerfragestunde gemäß der Geschäftsordnung des Rates hin und erteilte dem ersten Fragesteller das Wort.

Eine Einwohnerin, fragte im Bezug auf die Zukunft der Schule nach den Möglichkeiten am Standort eine IGS einzurichten.

Stadträtin Drevermann erläuterte, dass nach der Elternbefragung und dem Votum der Schule und ihrer Gremien nun eine Drucksache vorbereitet werde, die zeitnah in die entsprechenden Ausschüsse eingebracht werden solle. Bezüglich der Entwicklung der Schülerzahlen, könne nach Einschätzungen der Schule und der Schulverwaltung eine Fünfzügigkeit erreicht werden.

Ratsfrau Frank schloss den zweiten Tagesordnungspunkt, da keine Nachfragen bestanden.

TOP 3.
Bericht des Fachbereiches Gebäudemanagement

Ratsfrau Frank eröffnete den dritten Tagesordnungspunkt und erteilte Herrn Heidenbluth das Wort.

Herr Heidenbluth, Fachbereichsleiter Gebäudemanagement, stellte in Aussicht in der nächsten Schulausschusssitzung den Sachstand zum Sanierungsprogramm ausführlich zu berichten.

Ratsfrau Frank schloss den dritten Tagesordnungspunkt, da keine Nachfragen bestanden.

TOP 4.
Botanischer Schulgarten Burg: Sanierung der Heizungsanlage
Einbau einer Holz-Pelletanlage mit einem Spitzenlast-Gasheizkessel
(Drucks. Nr. 0867/2009 mit 2 Anlagen)

Ratsfrau Frank eröffnete den vierten Tagesordnungspunkt und bat um Wortmeldungen.

Stadträtin Drevermann erläuterte, dass die Drucksache zwar keine besondere Eile habe, sie aber für eine Behandlung dankbar wäre, um das Verfahren nicht unnötig zu verlängern.

Ratsherr Meyburg schlug vor, die Drucksache formal zu behandeln, da diese ohnehin noch vom AWL Fachausschuss beraten würde.

Ratsfrau Frank stellte, da keine Einwendungen zu verzeichnen waren, fest, dass die Drucksache somit formal behandelt wurde. Die Vorsitzende schloss den vierten Tagesordnungspunkt.

TOP 5.
Sachstandsbericht "Energie- und Abfallsparen in Schulen und Kindertagesstätten" (Informationsdrucksache Nr. 0672/2009 mit 1 Anlage)

Ratsfrau Frank eröffnete den fünften Tagesordnungspunkt und bat um Wortmeldungen.

Ratsfrau Frank fragte nach, inwieweit überhaupt noch Einsparpotenzial vorhanden sei.

Frau Bethke-Wittke erläuterte, dass gerade bei einem Passivhaus das richtige, umweltbewusste Nutzerverhalten entscheidend sei und hier, z.B. durch entsprechende Information zum Verhalten, auch weiterhin Einsparungen möglich seien.

Beigeordneter Klie fragte, wie die unterschiedlichen Nutzer, gerade in Schulen und Kindertagesstätten auf ein korrektes Nutzerverhalten aufmerksam gemacht werden sollen.

Frau Bethke-Wittke wies darauf hin, das es für diese Objekte selbstverständlich Handreichungen und Informationsmaterial seitens des Fachbereichs Gebäudemanagement gäbe und die zuständigen Objektverantwortlichen auch für entsprechende Beratung zum richtigen Nutzerverhalten zur Verfügung stehen würden.

Ratsfrau Frank schloss den fünften Tagesordnungspunkt, da keine Nachfragen bestanden.

TOP 6.
Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement" (Drucks. Nr. 0315/2009)

TOP 6.1.
Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0315/2009 - Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement) (Drucks. Nr. 0881/2009)

Ratsfrau Frank eröffnete den sechsten Tagesordnungspunkt und bat um

Wortmeldungen.

Ratsfrau Seitz erläuterte den Zusatzantrag der CDU Fraktion.

Ratsherr Bindert beschrieb, dass die Verwaltung hier zunächst ergebnisoffen prüfen solle. Sollten dabei erhebliche Mehrkosten ersichtlich werden, müsste die Umsetzung des Programms entsprechend eine eventuelle soziale Härte berücksichtigen.

Ratsfrau Seitz argumentierte, dass ein Konzept, welches laut Drucksache zur Umsetzung erarbeitet würde, dann auch gleich unter bestimmten Vorgaben erarbeitet werden sollte.

Ratsherr List, befürwortete weitere Ergänzungen und Vorgaben, denn es dürfe keinesfalls zu einer Erhöhung des Essensgeldes kommen.

Ratsfrau Kramarek, äußerte sich positiv über das Konzept und war der Auffassung, dass die Verwaltung die genannten Probleme bei der Erarbeitung und Umsetzung selbstständig berücksichtigen werde.

Ratsfrau Seitz betonte nochmals, dass sie grundsätzlich auch hinter dem Projekt stehe, aber eventuell anfallende Mehrkosten keinesfalls an die Eltern weitergereicht werden dürften.

Ratsfrau Frank rief zur Abstimmung des Zusatzantrags auf und stellte anschließend fest, dass dieser mit 7 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen abgelehnt wurde. Anschließend rief die Vorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache Nr. 0315/2009 auf und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wurde. Sie schloss den sechsten Tagesordnungspunkt.

TOP 7.
Bericht der Dezernentin

Ratsfrau Frank eröffnete den siebten Tagesordnungspunkt und erteilte Stadträtin Drevermann das Wort.

Stadträtin Drevermann berichtete über die Neuwahlen des Stadtelternrates und beglückwünschte die wiedergewählte Vorsitzende Frau Eichholz und den 2. Vorsitzenden Herrn Lochte. Sie wünschte Beiden viel Glück und Erfolg für ihre Tätigkeit und äußerte die Hoffnung auf eine weiterhin sehr gute Zusammenarbeit.

Ratsfrau Frank schloss sich im Namen des Schulausschusses den Glückwünschen an und bedankte sich für das Engagement.

Stadträtin Drevermann berichtete weiter, dass auch die Schülervertreter turnusmäßig aus dem Schulausschuss ausscheiden würden und dankte für die Zusammenarbeit. Sobald neue Vertreter gewählt seien, würden diese selbstverständlich umgehend zu der nächsten Sitzung eingeladen.

Ratsfrau Frank schloss die Schulausschusssitzung um 16.25 Uhr.

Für die Niederschrift

Drevermann

Grabow

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Schulausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Verwaltungsausschuss
An den Stadtbezirksrat Herrenhausen Stöcken (zur Kenntnis)

Nr. 0867/2009

Anzahl der Anlagen 2

Zu TOP

Botanischer Schulgarten Burg: Sanierung der Heizungsanlage
Einbau einer Holz-Pelletanlage mit einem Spitzenlast-Gasheizkessel

Antrag,

1. der Haushaltsunterlage Bau (Entwurf und Kostenberechnung) gemäß § 10 GemHVO zur Sanierung der Heizungsanlage im Schulbiologiezentrum in Höhe von 497.000 €

   sowie

2. der Mittelfreigabe und

3. dem sofortigen Baubeginn

zuzustimmen.

Mittel stehen im Vermögensplan des Fachbereichs Gebäudemanagement für die Kesselsanierung / Einbau einer Holzpellet-Anlage in Höhe von 497.000 € zur Verfügung.

- Position 292.09-01 (Botanischer Schulgarten Burg, Optimimierung Heizzentrale) in Höhe von 120.000 €
- Position NSB.08-01 (Teilsanierungsmaßnahmen) in Höhe von 377.000 €

Für diese Maßnahme werden Fördermittel aus dem Concerto - Förderprogramm in Höhe von 61.540 € sowie aus dem Programm proKlima in Höhe von 1.200 € für die Kesselsanierung zur Verfügung gestellt. Im Rahmen eines KfW-Programmes sind als Tilgungszuschuss, für die Sanierung der Nahwärmeleitung, weitere Förderungen in Höhe

von 30.000 € zu erwarten (ergibt eine Gesamtfördersumme von 92.740 €, s. Kostentabelle). Da die Fördermittel erst nach Leistungserbringung zur Verfügung
stehen, wird zunächst aus dem oben genannten Budget in Fördermittelhöhe in Vorleistung getreten.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Der in der Drucksache dargestellte Vorgang ist im Wesentlichen finanzieller Art und nicht geschlechtsspezifisch zu betrachten.

Umweltverträglichkeit: Die UVP wurde gemäß UVP Verfahren des Fachbereichs Gebäudemanagement durchgeführt, Umwelt- und Gesundheitsbedenken bestehen nicht.

Kostentabelle
Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen: (HMK = Haushaltsmanagementkontierung)

Investitionen	**in €**	**bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position**	**Verwaltungs-haushalt; auch Investitions-folgekosten**	**in € p.a.**	**bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position**
Einnahmen			**Einnahmen**		
Finanzierungs-anteile von Dritten	92.700,00	Concerto und proKlima	Betriebsein-nahmen		
sonstige Ein-nahmen			Finanzeinnah-men von Dritten		
Einnahmen insgesamt	92.700,00		Einnahmen insgesamt	0,00	
Ausgaben			**Ausgaben**		
Erwerbsaufwand			Personal-ausgaben		
Hoch-, Tiefbau bzw. Sanierung	497.000,00	292.09-01 NSB.08-01	Sachausgaben	26.300,00	2929.000-535000
Einrichtungs-aufwand			Zuwendungen		
Investitionszu-schuss an Dritte			Kalkulatorische Kosten		
Ausgaben insgesamt	497.000,00		Ausgaben insgesamt	26.300,00	
Finanzierungs-saldo	-404.300,00		**Überschuss/ Zuschuss**	-26.300,00	

Begründung des Antrages

Die zentralen Einrichtungen der Heizungsanlage im Botanischen Schulgarten, wie die Kesselanlage, die Verteileranlage und Mess- und Regeltechnik zur Wärmeverteilung sowie die erdverlegten Nahwärmeleitungen auf dem Gelände zur Versorgung der Gewächshäuser, der Staudengärtnerei und des alten und neuen Schulpavillons sind überwiegend abgängig. Die gasgefeuerte Kesselanlage und Teile der Verteilung stammen aus dem Baujahr 1984. Die restlichen Komponenten, insbesondere die schon mehrfach, wegen starker Undichtigkeiten, reparierte Nahwärmeleitung auf dem weitläufigen Gelände sind aus dem Baujahr 1971.
Beide Gas-Heizkessel, á 314 kW Heizleistung, unterschreiten zur Zeit noch knapp die Grenzwerte für den zulässigen feuerungstechnischen Abgasverlust. Die übliche Nutzungsdauer für Kesselanlagen dieser Größenordnung von 20 Jahren ist jedoch schon deutlich überschritten.

Es wurden unter Betrachtung der technischen Möglichkeiten, der ökologischen Standards der LHH, sowie insbesondere der Wirtschaftlichkeit verschiedene Varianten zur Sanierung der Heizungsanlage überprüft. Verglichen wurde die Wärmeversorgung zwischen einer Gas-/Pellet-Heizkesselanlage, einer Gas-Heizkesselanlage sowie einer Fernwärme-versorgung.

Das wirtschaftlichste Ergebnis soll jetzt umgesetzt werden.
Die vorhandene Kesselanlage soll durch eine Kombination aus einem Holz-Pelletkessel als Grundlastkessel und einem Gas-Heizkessel zur Spitzenlastabdeckung ersetzt werden.

Die Unterbringung der neuen Pellet-Kesselanlage und des Pelletvorratslagers erfolgt in einem Container in unmittelbarer Nähe der jetzigen Heizzentrale. Der Gas-Heizkessel, die neue Verteilung, die MSR-Technik und der Pufferspeicher werden im vorhanden Heizraum neu aufgebaut.

Tabelle:

Co² - Vergleich der Varianten

	jährlicher Endenergiebedarf		**Jahres-Energiekosten**		**Mehrkosten**	**CO_2**	
	MWh/a	%	€/a	%	€/a	kg/a	%
	Heizung		Heizung				
1 x Pellet-Kessel + 1 x Gas-Kessel, á 300kW *	1250	100%	61.280,00 €	100%		102.500	100%
2 x Gas-Kessel á 300kW, 600kW gesamt	1.250	100%	93.000,00 €	152%	31.720,00 €	262.500	256%
Fernwärmeversorgung, 600kW Stadtwerke Hannover	1.250	100%	115.749,00 €	189%	54.469,00 €	137.500	134%

Ferner besteht nur noch für das Jahr 2009 die Möglichkeit, die Concerto-Förderung in Anspruch zu nehmen. Die Förderung der Nahwärmeleitung ist abhängig von der Wärmeerzeugung durch eine Biomasse-Heizkesselanlage. Bei einer Wärmeerzeugung durch eine reine Gas-Heizkesselanlage oder Fernwärmeversorgung durch die Stadtwerke könnte diese Förderung nicht in Anspruch genommen werden.

Im Vollastbetrieb der Anlage ist die Belieferung mit Pellets im 3-monatigen Intervall erforderlich.

Mit den Bauarbeiten soll im Frühsommer 2009 begonnen werden. Die Fertigstellung der Anlage und Inbetriebnahme ist zum Herbst 2009 mit Beginn der Heizperiode vorgesehen.

19.25
Hannover / 22.04.2009

Landeshauptstadt Hannover
FB Gebäudemanagement 19. 25

Hannover, den 11. Feb. 2009

OBJEKT	**Botanischer Schulgarten Burg**	**Anlage Nr.**	**1**
PROJEKT	**Kesselsanierung Holzkessel**	**zur Drucksache Nr.**	
PROJEKTNR.:	17-2007-410-9001 LAGERBUCHNR.: 019/0033-001		

Kurzfassung der Kostenberechnung nach DIN 276-1 (11/2006)

Kostengruppen		Beträge [€]	Erläuterungen
100	**Grundstück**	**0**	
200	**Herrichten und Erschließen**		
		0	keine Kosten in dieser KGR
300	**Bauwerk - Baukonstruktion**		
		0	keine Kosten in dieser KGR
400	**Bauwerk - Technische Anlagen**	**321.900**	
	Abwasser-,Wasser-,Gasanlagen	4.000	
	Wärmeversorgungsanlagen / Verteilung	302.900	
	Abbruch-, sonstige Maßnahmen	15.000	
500	**Außenanlagen**	**94.000**	
	Techn. Außenanl. (Nahwärmeleitung)	94.000	
600	**Ausstattung und Kunstwerke**		
			keine Kosten in dieser KGR
700	**Baunebenkosten**	**80.950**	
	Vorbereitung	1.500	
	Honorare / Ingenieurleistungen	79.450	
	zur Abrundung	**150**	
	Gesamtsumme	**497.000**	

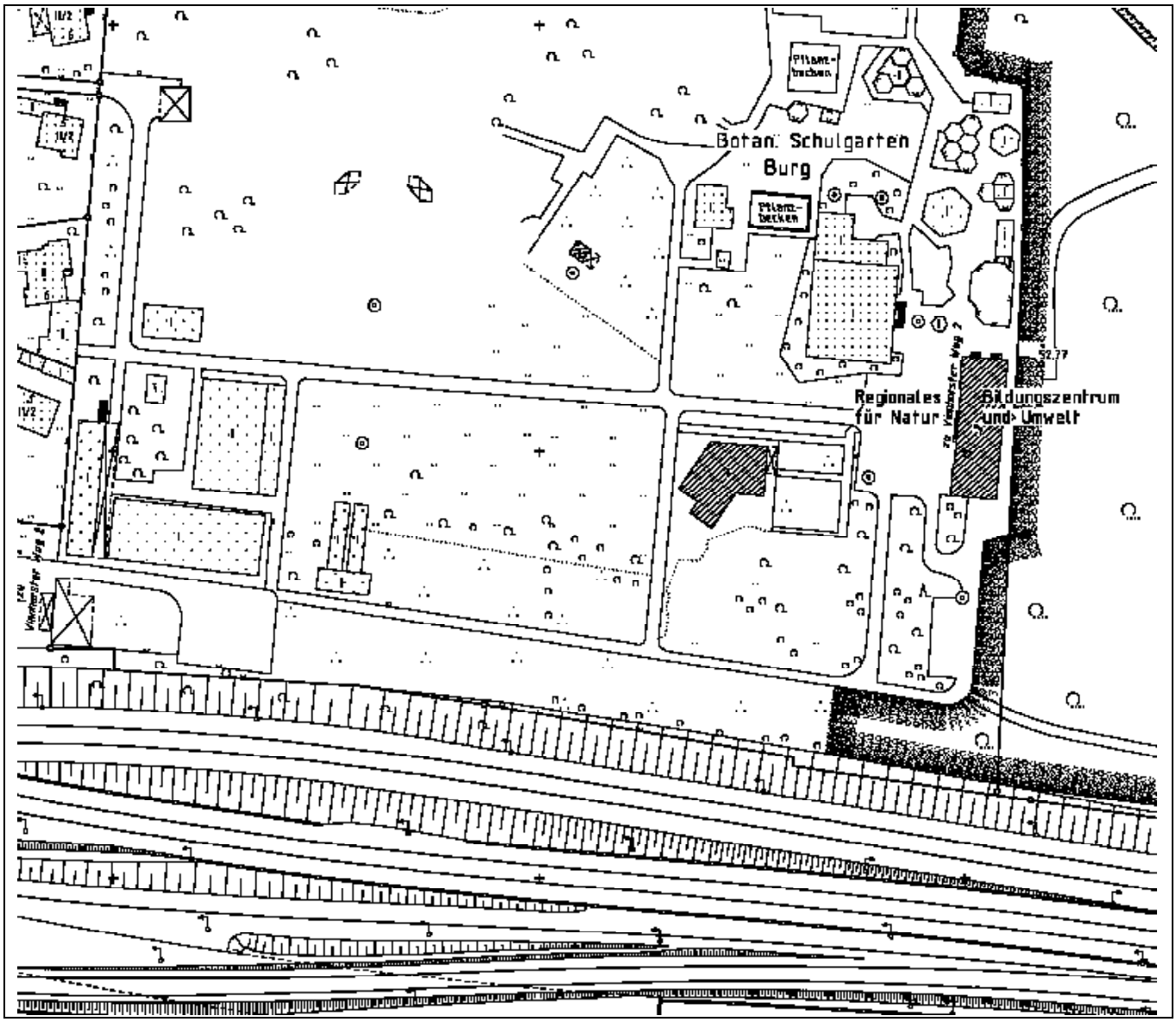
Die Kostenberechnung basiert auf den derzeitigen Erkenntnissen. Angesichts der aktuellen Preisentwicklung am Baumarkt können Kostenerhöhungen bis zur Fertigstellung der Baumaßnahme nicht ausgeschlossen werden.

Landeshauptstadt Hannover
FB Gebäudemanagement 19.25

Hannover, den 12.02.2009

OBJEKT	Botanischer Schulgarten Burg	**Anlage Nr. 2 zur Drucksache Nr.**
PROJEKT	Kesselsanierung Holzkessel	
PROJEKTNR.:	PR- 17-2007-410-9001 LAGERBUCHNR.: 019/0033-019	

Lageplan



Landeshauptstadt Hannover

Informations-
drucksache

In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Jugendhilfeausschuss
In den Schulausschuss

Nr. 0672/2009
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

Sachstandsbericht "Energie- und Abfallsparen in Schulen und Kindertagesstätten"

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fördert mit folgenden Beschlüssen einen ressourcenschonenden Umgang mit Energie und Abfall in Bildungseinrichtungen.

- **Energiesparen: Beschlussdrucksache 104/2006, Beschlussdrucksache 0727/2006**
- **Abfall: Beschlussdrucksache 3019/1997**, **Informationsdrucksache 2343/2002, Drucksache 2523/2004**

Die Verwaltung berichtet hiermit über den Sachstand:

1. Zusammenfassung

A. Energie
In den 88 Schulen und 72 Kitas, die sich an dem Einsparprogramm beteiligen, werden jährlich ca. 500.000 € durch geringeren Energieverbrauch eingespart. Insgesamt wurden seit Start des Programms im Jahr 1994 5,3 Mio. € eingespart und durch die nicht verbrauchte Energie wurden mehr als 28.000 t CO_2 vermieden.

B. Abfall
Zum Projektstart 1996 stand an allen Schulstandorten ein Restabfallbehältervolumen von 33.800 m³ zur Verfügung - heute sind es noch ca. 14.000 m³.
Bei den heutigen Kosten bedeutet dies eine jährliche Einsparung von 830.000 €.

Informationen im Einzelnen:

Energiesparen in Schulen und Kindertagesstätten durch umweltbewusstes Verbraucherverhalten (Berichtszeitraum 2006-2008)

Zuständig für die Umsetzung ist im Fachbereich Gebäudemanagement das Sachgebiet Energiemanagement.

Die LHH unterstützt Schulen und Kindertagesstätten (Kitas) mit den Projekten „GSE – Gruppe schulinternes Energiemanagement“ (seit 1994) und „KliK – Klimaschutz in Kindertagesstätten“(seit 1998) in zurzeit 88 Schulen und 72 Kitas dabei, durch umweltbewusstes Verbraucherverhalten Energie zu sparen. Ziel ist sowohl eine Kostenreduzierung als auch die Vermeidung von CO_2-Emissionen.

Die Einsparungen werden nicht durch Investitionen sondern ausschließlich durch Verhaltensänderungen der NutzerInnen sowie organisatorische Maßnahmen und kleinere technische Maßnahmen (z.B. schaltbare Steckerleisten) erreicht.

Als Anreiz für die Teilnahme fließen 30 % der eingesparten Energiekosten als Prämie zur freien Verfügung in die Einrichtung zurück. Sie wird zum größten Teil für die weitere pädagogische Arbeit genutzt (z.B. Anschaffung von pädagogischen Materialien, Schulhofumgestaltung, Ausweitung der Solarenergienutzung, Unterstützung von Schülerfirmen). Außerdem stehen aus den Einsparungen jährlich 250.000 € für zusätzliche kleinere bis mittlere investive Energiesparmaßnahmen, die sonst aufgrund der Haushaltslage nicht umgesetzt worden wären, und die Projektbetreuung zur Verfügung. Im Berichtszeitraum wurden daraus unter anderem eine Beleuchtungssanierung in der Sophienschule und einige hydraulische Abgleiche von Heizungsanlagen vorgenommen.

Die Projektteilnahme ist freiwillig. Aufgrund des Anreizsystems können nur Einrichtungen teilnehmen, für die die LHH die Energie- und Wasserkosten trägt. Das betrifft alle 110 öffentlichen Schulen und rund 100 Kitas. Aktuell werden bereits 80 % der Schulen und rund 75 % der Kitas mit den Projekten erreicht. Zur pädagogischen Projektunterstützung für Kitas und Kinder in Grund- und Förderschulen wird in Kooperation mit dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün zurzeit eine Energiekiste mit Experimenten entwickelt, die auch Kitas im Stadtgebiet, die nicht am Projekt teilnehmen können, zur Verfügung gestellt wird.

Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen verläuft in beiden Projekten unterschiedlich:
Die Anzahl der Kitas steigt kontinuierlich jedes Jahr um durchschnittlich 3 Teilnehmer, die nach dem bewährten Projektkonzept betreut werden. Im Jahr 2008 haben die Kitas Eichsfelder Str., Wagener Str. und Hudeplan mit dem Projekt begonnen. In 2009 beginnt die Betreuung der ersten Passivhauskita Große Pranke, die bereits im alten Gebäude teilgenommen hat.

Die Anzahl der Schulen hat sich bis 2008 dagegen hauptsächlich durch zahlreiche Schulreformen (z.B. Zusammenlegungen HRS) geändert. Im Jahr 2008 wurde das Betreuungskonzept für die Erstbetreuung der Schulen an die neuen Rahmenbedingungen angepasst. Anstatt einer Gruppenbildung von Schulen, die in gemeinsamen Seminaren ihr eigenes pädagogisches Energiesparkonzept entwickeln und nach eigenem Zeitplan umsetzen, wurde eine intensive Vor-Ort Betreuung eingerichtet. Die Schulen werden jetzt individuell in ihrem Gebäude bei der Durchführung von Energierundgängen, der Maßnahmenfestsetzung und der pädagogischen Einbindung betreut. Dadurch erhöht sich der Zeitaufwand für die BetreuerInnen. Gleichzeitig wird die zeitnahe und zielgerichtete

Maßnahmenumsetzung in den Schulen erleichtert. Diese Änderung wird von den Schulen

gut angenommen. Seit der Heizperiode 2008/9 nehmen 14 neue Schulen teil. Hinzu kommen vier Schulen, die zwar seit den 90er Jahren am Projekt teilnehmen, aber für die aufgrund von umfangreichen Sanierungen und strukturellen Änderungen ein Neustart sinnvoll war.

Die Betreuung der neuen Teilnehmer wird zu 80 % vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Rahmen der Klimaschutzinitiative gefördert. Insgesamt wurden Fördermittel für die Projektdurchführung in 20 Schulen bis 2010 in Höhe von 44.400 € bewilligt. Falls die Anzahl von 20 Schulen in 2009 überschritten wird, wird die Verwaltung eine Aufstockung beim BMU beantragen.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Einsparungen erzielt:

2006:	**Kosten:**	**CO_2-Emissionen:**
Schulen:	336.299 €,	1.558 t
Kitas:	76.122 €,	297 t
Summe:	**412.421 €,**	**1.855 t**

2007		
Schulen:	420.618 €,	1.676 t
Kitas:	85.141 €,	288 t
Summe:	**505.759 €,**	**1.964 t**

Gesamtergebnis seit Projektbeginn

Schulen (seit 1994):	4.821.365 €,	26.272 t CO_2
Kitas (seit 1999):	502.199 €,	1.835 t CO_2
Summe:	**5.323.564 €,**	**28.108 t CO_2**

Weiterentwicklung

Für das Jahr 2009 ist unter Einbeziehung der Betroffenen eine Modifizierung des Anreizsystems für alle nichtinvestiven Energiesparprojekte in Vorbereitung.

Darüber hinaus bietet sich aufgrund der Relevanz für den Klimaschutz an, die Angebote zum Ressourcenschutz zu verknüpfen (siehe unter Kap. 3. „Ausblick“).

ERFOLGREICH ABFALLARM – pädagogische Maßnahmen zur Umsetzung von Abfalltrennung und –vermeidung.

Zuständig für die Umsetzung ist im Fachbereich Umwelt und Stadtgrün das Sachgebiet Umweltkommunikation.

Das Programm „ERFOLGREICH ABFALLARM“ besteht aus folgenden Projektbausteinen:

1. Abfallberatung zu Abfalltrennung und –vermeidung/Anreizsystem
2. „Papierwende"
3. „Die Natur kennt keine Abfälle“

2. Berichtszeitraum: 2006-2008

2.1. Beratung zu Abfalltrennung und –vermeidung/Anreizsystem.

Ziel ist es, durch organisatorische und pädagogische Maßnahmen die Restabfallmenge zu reduzieren. Hierfür wurden folgende Bausteine entwickelt, die zu Projektbeginn verpflichtend von allen Schulen durchgeführt wurden: Müllcheck zur Optimierung des Behältervolumens, Abfalltrenngefäße für die Klassenzimmer und Schulung von Hausmeister- und Reinigungspersonal. Ergänzt wurden die Maßnahmen durch Unterrichtsanregungen sowie einem Wettbewerb, der das finanzielle Anreizsystem ablöste.

Durchgeführte Maßnahmen im Berichtszeitraum:

- Müllcheck:
  Die Schulen konnten weiterhin auf Anfrage eine Beratung zur Abfalltrennung, inklusive der Bestellung von Sammelbehältern für die Klassenzimmer erhalten. Dies wurde nur noch vereinzelt wahrgenommen.

- Wettbewerb 2006**:**
  Seit 2004 führt die Stadt Wettbewerbe durch, der 2006 gemeinsam mit dem Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) für alle Schulen der Region ausgelobt wurde. 2006 wurden 28 Beiträge eingereicht. In der Stadt Hannover erhielten sechs Schulen Prämien in einer Höhe von insgesamt 4.500 Euro.

- Abfallwerkstätten:
  Im Berichtszeitraum nahmen an den Werkstätten in Kooperation mit der Werk-statt-Schule e.V. etwa 900 SchülerInnen teil.

- Pilotprojekt „Mehr Sauberkeit in Vahrenwald“ – Projektwoche der Grundschule Alemannstraße:
  In Kooperation mit dem Figurentheater Theatrio und der Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) wurde eine Müllrevue entwickelt. Daran beteiligten sich ca. 60 Kinder aus drei Klassen der Grundschule Alemannstraße. Unterstützt wurde die Projektwoche vom Wirtschaftsforum Vahrenwald. Es ist geplant, dass das Projekt ab 2009 auch in anderen Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten durchgeführt wird.

2.2. „Papierwende“

Der Wertstoff Papier hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Ziel ist es, die Verwendung von Recyclingpapier in den Schulen zu fördern und so zum Ressourcenschutz beizutragen.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Einschulungsaktion:
  Von 1999 bis 2006 erhielten die Erstklässler bei ihrer Einschulung eine Brotdose, um eine Alternative zu Einweg-Verpackungen aufzuzeigen. Diese Aktion wurde 2007 ersetzt durch die Bereitstellung von Schulheften aus Recyclingpapier mit dem Blauen Engel. Grund- und FörderschullehrerInnen können jeweils drei Exemplare für ihre SchülerInnen direkt beim Fachbereich Umwelt und Stadtgrün bestellen. Zum Schuljahresbeginn 2007/2008 sowie zum Schuljahrsbeginn 2008/2009 wurden die Startpakete mit Informationen rund um das Thema Recyclingpapier an über 60 Schulen bzw. an über 4.000 SchülerInnen überreicht.
- Papier-Werkstätten:
  In Kooperation mit der Bürgerinitiative Umweltschutz e.V, der Werk-statt-Schule e.V.

und aha erhielten im Berichtszeitraum ca. 6.000 Kinder und Jugendliche im Rahmen von erlebnisorientierten Projektvormittagen bzw. Umweltbildungsveranstaltungen Informationen über die globalen Auswirkungen unseres Papierverbrauchs sowie praktische Handlungsempfehlungen zur Verwendung von Recyclingpapier.

- Veröffentlichungen:
  - Faltblatt „Papierwende – Schützt die Wälder unserer Erde – Angebote für Schulen“.
  - Handreichung Papier (in Arbeit).
  - Recyclingpapier – Schulhefte, Schreibblöcke, Hygienepapier - Einkaufsführer (in 2008 aktualisiert).
  - Stundenplan mit Elterninformationen.
  - Informationsmappe für Lehrkräfte.

- Wanderausstellung Papier in Kooperation mit aha (in Vorbereitung).

Zukünftiges Ziel wird es sein, die stadtverwaltungsweite Einsatzquote von Recyclingpapier von über 90 % auch im Verwaltungsbereich der Schule zu erreichen.

2.3. „Die Natur kennt keine Abfälle“

Ziel ist es, organische Abfälle als natürlichen Wertstoff zu begreifen und Anregungen zur Verwendung des Kompostes zu geben.

Durchgeführte Maßnahmen:

- Wettbewerb „Wer hat den dicksten Kürbis“ 2007:
  Teilnahme von 5.500 Kindern aus 104 Kindergärten und Kindertagesstätten der Region Hannover.

- Kompostwerkstätten:
  Im Berichtszeitraum nahmen an den Werkstätten in Kooperation mit der Werk-statt-Schule e.V. etwa 1.175 SchülerInnen teil.

- Veröffentlichungen:
  LehrerInnen-Handreichung „Die Natur kennt keine Abfälle“ für Kita, GS, FöS (zur Zeit Aktualisierung und Neuauflage).

Zu Projektstart 1996 stand insgesamt an allen Schulstandorten ein Restabfallbehältervolumen von 33.776 m³ zur Verfügung, aktuell liegt das Restabfallvolumen bei 14.000 m³ im Jahr. Aufgrund von Zusammenlegungen von Schulen, der Abschaffung der Orientierungsstufe, der Einführung von Ganztagsschulen sowie der Einführung von Mittagsverpflegung hat sich das Abfallaufkommen in den letzten Jahren stark geändert, sodass eine geeignete Basis zur mengenmäßigen Bewertung des Projekterfolges schwierig zu bestimmen ist. Nach den vollzogenen Umstrukturierungen ist es daher geplant, die im Rahmen von ERFOLGREICH ABFALLARM erhobenen Abfallmengen bzw. Abfallreduzierungen erneut zu überprüfen. Das Anreizsystem soll zusammen mit dem Anreizsystem im Bereich Energie neu organisiert werden (siehe unten).

3. Ausblick 2009

Ziel ist eine Bündelung der Aktivitäten im Bereich Ressourcen- und Klimaschutz (Energiesparen, Abfalltrennung und –vermeidung, Nutzung von Recyclingpapier…) und damit einhergehend eine Zusammenfassung der Anreizsysteme.

Die Verwaltung (OE 19.14, OE 67.04) wird dazu im Laufe des ersten Halbjahres 2009 ein Konzept „Klima-Allianz-Schule“ mit den KooperationspartnerInnen (Werk-statt-Schule e.V., Bürgerinitiative Umweltschutz e. V., Enercity, SchulvertreterInnnen etc.) erarbeiten. Der Begriff „Klima-Allianz-Schule“ lehnt sich ganz bewusst an das Klimaschutzaktionsprogramm „Klima-Allianz Hannover 2020“ an, dessen Maßnahmenbündel auch den Ressourcenschutz an Schulen sowie begleitende pädagogische Maßnahmen beinhaltet.

Es soll eine „Dachmarke“ entstehen, für die sich die Schulen bewerben können. Wenn sie sich in den Bereichen Energieeinsparung und Abfallreduzierung / Erhöhung Recyclingpapierquote engagieren, können sie das Label „Klima-Allianz-Schule“ erhalten und mit der Auszeichnung werben. Das Label ist verbunden mit einem neuen Anreizsystem, das zurzeit entwickelt wird.

Neben diesen Mindestanforderungen können in einem zweiten Schritt weitere klima- bzw. ressourcenrelevante Kriterien erarbeitet werden, die zur Anerkennung einer „Premiumstufe“ des Labels führen (z.B. Betrieb einer nachhaltigen Schülerfirma, Angebot von Biokost bzw. regionalen Produkten in der Mensa, Umsetzung von umweltfreundlichen Mobilitätskonzepten, Nutzung regenerativer Energien).

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Durch die Projekte zum Ressourcenschutz werden Gender-Aspekte nicht berührt. Die Projekte richten sich gleichermaßen an Mädchen und Jungen.

Kostentabelle
Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

19.14
Hannover / 23.03.2009

Einsparungen durch Nichtinvestive Energiesparprojekte in Schulen[1] und Kitas

			EINSPARUNG			VERWENDUNG		
Jahr	Projekt	Anzahl Teilnehmer	Projekt	Jahressumme	Vermiedene t CO_2	Investive Mittel[2]	30% Prämie für die Teilnehmer/innen	30% zur Haushaltsentlastung
1994/95	Schulprojekt	14	45.892 €	**45.892 €**	**348**	18.357 €	13.768 €	13.768 €
1996	Schulprojekt	57	213.724 €	**213.724 €**	**1.565**	85.490 €	64.117 €	64.117 €
1997	Schulprojekt	82	408.475 €	**408.475 €**	**2.852**	163.390 €	122.543 €	122.543 €
1998	Schulprojekt	98	362.849 €	**362.849 €**	**2.463**	145.140 €	108.855 €	108.855 €
1999	Schulprojekt	103	346.237 €		**2.482**			
	Kitaprojekt	12	9.231 €	**355.468 €**	**26**	142.187 €	106.640 €	106.640 €
2000	Schulprojekt	110	383.072 €		**1.572**			
	Kitaprojekt	35	20.532 €	**403.604 €**	**84**	161.442 €	121.081 €	121.081 €
2001	Schulprojekt[3]	111	656.512 €		**3.747**			
	Kitaprojekt	39	46.953 €	**703.465 €**	**182**	281.386 €	211.040 €	211.040 €
2002	Schulprojekt	102	412.865 €		**2.084**			
	Kitaprojekt	44	53.102 €	**465.967 €**	**199**	186.387 €	139.790 €	139.790 €
2003	Schulprojekt	100	478.035 €		**2.394**			
	Kitaprojekt	48	65.995 €	**544.030 €**	**243**	217.612 €	163.209 €	163.209 €
2004	Schulprojekt	83	405.850 €		**1.888**			
	Kitaprojekt	56	68.354 €	**474.204 €**	**255**	189.682 €	142.261 €	142.261 €
2005	Schulprojekt	77	350.937 €		**1.643**			
	Kitaprojekt	59	76.769 €	**427.706 €**	**262**	171.082 €	128.312 €	128.312 €
2006	Schulprojekt	76	336.299 €		**1.558**			
	Kitaprojekt	61	76.122 €	**412.421 €**	**297**	"164.968 €"	123.726 €	123.726 €
2007	Schulprojekt	75	420.618 €		**1.676**			
	Kitaprojekt	66	85.141 €	**505.759 €**	**288**	"202.304 €"	151.728 €	151.728 €
Summe				**5.323.564 €**	**28.108 t CO2**			

Anmerkungen

1) Die Anzahl der Schulen hat sich seit 2002 vor allem durch die die Regionsbildung und Schulreformen (Wegfall OS, Zusammenlegung HRS…) reduziert.

2) Ursprünglich 40 % der Einsparungen. Mit DS 0104/2006 wurde die Mittelhöhe von den Einsparungen gelöst **und** ein Festbetrag in Höhe von 250.000 € für Investitionen und Projektbetreuung eingeführt. Damit steht jetzt eine verlässliche Summe für die Jahresplanung zur Verfügung. Die angegebenen Beträge in der Tabelle für 2006 und 2007 entsprechen 40 % der Einsparung.

3) Abrechnungszeitraum 2001: Hoher Betrag, da der Abrechnungsturnus von der Heizperiode auf Kalenderjahr umgestellt wurde (1,5 Jahre)

Antrag
(Antrag Nr. 0315/2009)

Eingereicht am 06.02.2009 um 12:20 Uhr.

Ratsversammlung 26.02.2009

Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
"Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"

Antrag zu beschließen:
Die Verwaltung wird aufgefordert, der Milleniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetags (siehe Anlage) beizutreten und im Sinne nachhaltigen kommunalen Engagements umzusetzen. Als Beitrag zur Umsetzung der Milleniums-Erklärung erfolgen durch die Verwaltung insbesondere nachstehende Maßnahmen:

1. Die Verwaltung weitet ihre Aktivitäten zur Information und Bewusstseinsbildung über die Milleniums-Entwicklungsziele in kommunalen Einrichtungen wie z.B. Schulen, Jugendzentren, Freizeitheimen sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit aus.

2. Die Verwaltung prüft Möglichkeiten zum Einsatz ´fair gehandelter Produkte´ in der Verwaltung, auf kommunalen Veranstaltungen, in Schulen, Kindergärten etc. und legt im September 2009 ein Konzept zur Umsetzung vor.

Begründung

Mit Unterzeichnung des 10-Punkte Programms der „Aalborg Commitments“ im Juni 2004 war die Landeshauptstadt Hannover die Verpflichtung zur tatkräftigen Unterstützung einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung eingegangen. Mit einem Beitritt zur Milleniums-Erklärung würde sie ihr Bekenntnis zu einem nachhaltigen Engagement bekräftigen. Damit würde sie folgende, von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedeten Milleniums-Entwicklungsziele für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt begrüßen und in ihrem kommunalen Einflussbereich unterstützen:

Ziel 1: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger (Halbierung bis 2015)
Ziel 2: Primarschulbildung für alle
Ziel 3: Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen
Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit

Ziel 5: Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
Ziel 7: Ökologische Nachhaltigkeit
Ziel 8: Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Während die Umsetzung dieser Milleniumsziele bis zum Jahr 2015 erfolgen sollte, wurde beim Entwicklungsgipfel der Vereinten Nationen im September 2008 in New York im Rahmen einer Bestandsaufnahme festgestellt, dass zur Umsetzung der Ziele eine Forcierung der Maßnahmen erforderlich ist. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat deshalb die internationale Gemeinschaft aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut zu intensivieren. Neben finanziellen Mitteln für Maßnahmen brauchen die Millennium-Entwicklungsziele allerdings auch mehr Öffentlichkeit, unter anderem durch die Kommunen. Daher ruft der Deutsche Städttag die Mitgliedskommunen auf, die Milleniums-Erklärung mitzutragen. Mehr als 70 deutsche Städte und Gemeinden haben die Millennium-Erklärung des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes oder der Weltunion der Kommunen bereits unterzeichnet und dadurch ihr Bekenntnis zu nachhaltigem kommunalem Engagement bekräftigt.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

18.60
Hannover / 10.02.2009

Deutscher Städtetag

Millenniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetages

Die Stadt

Begrüßt die von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals MDGs) für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt,

Betont, dass sich die Verpflichtungen aus der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zwar in erster Linie an die Regierungen der 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen richten, die die Erklärung unterschrieben haben,

Äußert aber gleichwohl ihren Willen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele mitzuwirken und

Will in diesem Sinne prüfen, inwieweit folgende Aktivitäten realisiert werden können:

I. Maßnahmen der Information und Bewusstseinsbildung

- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Aktionen Dritter mit dem Ziel, die Information über die Millenniums-Entwicklungsziele in der Bevölkerung zu verbreitern und somit das Bewusstsein für die damit angesprochenen Probleme zu wecken und Denkanstöße zu geben

- Förderung von Dialog und Zusammenarbeit mit ausländischen Mitbürgern/innen, insbesondere aus den Weltregionen, auf die sich die Anstrengungen der

Millenniums-Entwicklungsziele richten, in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Freizeiteinrichtungen), um so durch direkte Kontakte ein für viele Mitbürger/innen vergleichsweise abstraktes Thema begreiflicher zu machen

II. Maßnahmen der Vernetzung und Konzentration von Aktivitäten

- Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses von lokalen Akteuren (Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Universitäten, örtliche Wirtschaft und örtliches Handwerk, Kirchen usw.), um den Bestrebungen und Aktivitäten zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele eine möglichst breite Verankerung und Beständigkeit zu geben.

- Ausrichtung der kommunalen Partnerschaftsarbeit auf Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (z. B. Aufnahme des Themas in die Arbeitsprogramme mit den Städtepartnern und Austausch über Aktivitäten in den Partnerkommunen bzw. Durchführung gemeinsamer Aktionen)

III. Maßnahmen zur Förderung einer global denkenden und in diesem Sinne Verantwortung übernehmenden Kommunalpolitik

- Überprüfung des eigenen kommunalen Handelns auf Verhaltensmuster, die dem Grundsatz der Einen Welt verpflichtet sind und die damit auch die allgemeine Grundlage der Millenniums-Entwicklungsziele unterstützen (z.B. Einsatz fair gehandelter Produkte in der Verwaltung, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und auf kommunalen Veranstaltungen, faires und nachhaltiges Beschaffungswesen in den Bereichen Energie, Baustoffe, Dienstbekleidung, Bürobedarf, Einsatz energiesparender Fahrzeuge, Maßnahmen zur Energieeffizienz usw.)

IV. Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen in den Ländern des Südens

- Erweiterung des bestehenden Partnerschaftsnetzes auf Dreieckspartnerschaften mit einer oder mehrerer Kommunen aus EU-Ländern und einer Kommune aus den Ländern des Südens

- Förderung starker, selbstverwalteter Kommunen in den Entwicklungsländern durch Unterstützung des kommunalen fachlichen Wissenstransfers im Rahmen des Einsatzes von kommunalen Experten/innen in kommunalen Entwicklungsprojekten erfahrener Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit

Ist der Überzeugung, dass das kommunale Engagement im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele auch dazu beitragen kann, der wachsenden Armutswanderung nach Europa entgegenzuwirken

Fordert die Bundesregierung auf, den Willen der Kommunen, ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu leisten, anzuerkennen und sie stärker als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen

Ort Datum Titel, Funktion, Unterschrift

Antrag

(Antrag Nr. 0881/2009)

Eingereicht am 22.04.2009 um 15:00 Uhr.

Schulausschuss, Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, Gleichstellungsausschuss, Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen, Organisations- und Personalausschuss, Verwaltungsausschussl

---

Zusatzantrag der CDU-Fraktion zu Drucks. Nr. 0315/2009 - Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement)

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt ergänzt:

3.
Das Umsetzungskonzept wird unter der Prämisse erstellt, dass durch den Einsatz "fair gehandelter Lebensmittel" in den Schulen und Kindertagesstätten für die Eltern keine Mehrkosten entstehen.

Begründung

Heutzutage sind weitere Mehrkosten für viele Eltern nicht mehr bezahlbar und daher nicht erwünscht.

Kerstin Seitz
Stellv. Vorsitzende

Hannover / 23.04.2009